

PRESSEMELDUNG

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen:

Berlin (14. November 2017, Nr. 40/2017)

Deutscher Pflegerat fordert eine präzise Koalitionsvereinbarung zur Entlastung und Weiterentwicklung der Profession Pflege

Franz Wagner: „Die professionell Pflegenden brauchen mehr als deutliche Zeichen dafür, dass es eine Zukunft für sie gibt“

„Der Deutsche Pflegerat fordert die Partner der Sondierungsgespräche für eine mögliche Jamaika-Koalition auf Bundesebene dazu auf, das Thema „Entlastung der Profession Pflege und Sicherung der Leistungserbringung im Pflege- und Gesundheitsbereich“ umfassend und vor allem präzise in der angestrebten Koalitionsvereinbarung zu regeln“, betonte **Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e. V. (DPR)**, heute in Berlin.

„Ziel des künftigen Koalitionsvertrags muss es sein, dass ohne langwierigen Klärungs- oder Interpretationsbedarf direkt ins konkrete Handeln übergegangen werden kann. Angesichts der bereits bestehenden Pflegenot darf es keine Zeitverzögerungen mehr geben. Die seit langem überfälligen, notwendigen Reformen für die professionell Pflegenden müssen endlich angegangen und konsequent umgesetzt werden“, machte Wagner deutlich. „Die professionell Pflegenden brauchen mehr als deutliche Zeichen dafür, dass es eine Zukunft für sie gibt. Die Pflege ist ein wunderbarer Beruf, aber die professionell Pflegenden können nicht mehr, da für sie die Arbeitsbelastung stetig gestiegen ist. Deshalb haben bereits viele von ihnen den Pflegeberuf aufgegeben.“

Wagner weiter: „Der gestern vom Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung e. V. (DIP) vorgelegte „Masterplan Pflege für Deutschland“ setzt mit seinen Forderungen zur Verankerung im Koalitionsvertrag nach „einer Erhöhung um 100.000 Pflegestellen, von bis zu 30 Prozent mehr Entlohnung für die professionell Pflegenden sowie nach mehr Finanzmittel für Forschung, Innovationen und hochschulischer Pflegeausbildung“ an den richtigen Stellen an. Das sind die Handlungsfelder, auf die der Deutsche Pflegerat die Politik seit langem eindringlich hinweist.

Drei wesentliche Baustellen müssen in den nächsten vier Jahren geschlossen werden: Erstens, eine spürbare, deutliche Verbesserung der Personalausstattung in den Krankenhäusern und ambulanten sowie stationären Pflegeeinrichtungen. Zweitens, eine gerechtere und angemessene Entlohnung bundesweit und in allen Versorgungssektoren. Durch die hohe Teilzeitquote und aufgrund unterdurchschnittlicher Gehälter in einigen Bereichen besteht ein Armutsrisiko auch für professionell Pflegenden. Drittens, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, einschließlich eines umfassenden Gesundheitsmanagements für die Beschäftigten.

Darüber hinaus muss die Pflege- und Gesundheitsforschung wesentlich stärker als bisher gefördert werden. Wir brauchen Lösungen dazu, wie auf der einen Seite Pflegebedürftigkeit möglichst lang verzögert werden kann. Das senkt den zu leistenden

Pflegebedarf. Zum anderen brauchen wir Antworten darauf, wie eine bestmögliche Unterstützung der professionell Pflegenden bei ihrer Arbeit möglich ist, bis hin zu einem neuen Qualifikationsmix“.

Zur Frage der Finanzierung machte Wagner deutlich: „Dringend notwendige Verbesserungen der Pflege dürfen nicht allein den Pflegebedürftigen oder ihren Angehörigen finanziell aufgebürdet werden. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kosten für mehr Personal, eine bessere Entlohnung sowie mehr Forschung müssen umfassend bereitgestellt werden. Die Pflege braucht grundlegende strukturelle Reformen. Und die kosten nun einmal Geld, schwarze Null hin oder her“.

Ansprechpartner:

Franz Wagner

Präsident des Deutschen Pflegerats

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Telefon: (0 30) 398 77 303

Telefax: (0 30) 398 77 304

E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de

Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 16 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsident des Deutschen Pflegerats ist Franz Wagner. Vize-Präsidentinnen sind Irene Maier und Christine Vogler.

Mitgliedsverbände des DPR:

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Vereinigung der Hygienefachkräfte der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VHD)
- Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken e.V. (VPU)